

AUSGABE VOM 12. SEPTEMBER 2020

## Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum erhält Bundesförderung

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring hat sich erfolgreich um eine Förderung aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur“ bemüht. Köln bekommt jetzt rund 850.000 Euro für das Rautenstrauch-Joest-Museum.

„Mit dem Geld kann endlich die Schließanlage des Rautenstrauch-Joest-Museums erneuert und auch die Zugänge zum Museum können besser gesichert werden. Ich habe mich beim Haushaltsausschuss für dieses Projekt besonders eingesetzt, nachdem es im Jahr 2018 leider nicht berücksichtigt werden konnte. Aber diesmal kamen wir zum Zuge“, freut sich MdB Möring.

## Köln ist Smart-City-Modellstadt

Die Stadt Köln ist vom Bundesinnenministerium ins Modellprojekt „Smart Cities“ aufgenommen worden. „Ein kraftvoller Impuls für die Digitalisierung der Domstadt“, freut sich der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring, der als Teil der elfköpfigen Jury an der Auswahl der bundesweit 32 ausgewählten Modellstädten mitwirkte. Die Domstadt erhalte für die Umsetzung des Projekts „unI box cologne Deine Stadt, Deine Ideen“ eine Bundesförderung von 7,285 Millionen Euro.



Antragsunterlagen in Telefonbuchstärke: Bei Jury-Mitglied CDU-MdB Karsten Möring war vor der Entscheidung zu den Smart-Cities-Modellprojekten in Berlin umfangreiches Aktensstudium angesagt. (Foto: privat)

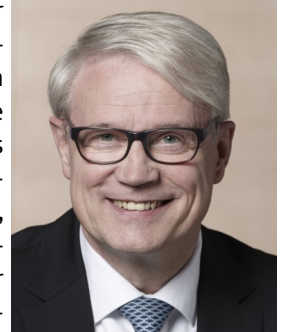
Mit dem Programm unterstützt die Bundesregierung Kommunen, ihre Digitalisierung strategisch im Sinne der Stadtentwicklung voranzutreiben. Seit 2019 fördert der Bund so Zukunftsprojekte für die Entwicklung und Umsetzung digitaler Technologien in den Kommunen. In diesem Jahr lief die zweite von vier Bewerbungsrounds. Dafür hat die Bundesregierung im Konjunktur- und Zukunftspaket eine Verdoppelung der Mittel beschlossen. So konnten in diesem Jahr mehr Projekte ausgewählt werden, die insgesamt mit über 300 Millionen Euro gefördert werden. Die Ausschreibung stand in diesem Jahr unter dem Motto „Gemeinwohl und Netzwerkstadt - Stadtnetzwerk“. Die geförderten Projekte sollen aufzeigen, wie die Qualitäten der europäischen Stadt in das Zeitalter der Digitalisierung übertragen werden können.

Auf die Ausschreibung hatten sich 86 Städte, Kreise und Gemeinden sowie interkommunale Kooperationen aus ganz Deutschland beworben. Als Modellprojekte kamen nun 20 Städte sowie zwölf interkommunale Kooperationen und Landkreise zum Zug. Die Jury hatte nicht nur die Qualität der Projekte zu bewerten, sondern auch die Chancen, andere Städte und Gemeinden an deren Umsetzung teilhaben zu lassen. Dafür werden in den Fördermitteln eigens festgesetzte Anteile reserviert.

MdB Karsten Möring gratulierte der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und ihrer Mannschaft zu diesem schönen Erfolg. Mehr zu Smart Cities gibt es [auf dieser Seite](#) des Bundesinnenministeriums.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

am Rande der Anti-Corona-Demonstration in Berlin Ende August kam es zu unerträglichen Szenen, als Chaoten versuchten, über die große Treppe am Westportal in das Reichstagsgebäude einzudringen. Zur Eröffnung der Plenarsitzung am Mittwoch hat der Bundestagspräsident deutliche Worte gefunden ([hier dokumentiert](#)). Stehend applaudierte der Bundestag den auf der Zuschauertribüne anwesenden Polizisten, die sich unter großem persönlichen Einsatz dem Mob entgegengestellt hatten, bis genügend Verstärkung kam. Nur die AfD-Politiker blieben sitzen.



Es ist den rechtsextremen Reichsflaggen-Schwenkern nicht gelungen, unser Parlament zu stürmen. Aber es sind Bilder entstanden, die nie hätten entstehen dürfen. Die Symbole der Demokratieverachtung ausgerechnet vor unserer Volksvertretung sind eine Schande, und wer versucht das zu relativieren, schließt sich aus der Gemeinschaft der Demokraten aus.

Ob Kritiker, Spinner oder harte Gegner dieses Staates - alle dürfen im Zentrum der Republik laut ihre Meinung sagen, auch wenn sie behaupten, es gäbe keine Meinungsfreiheit. Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut. Wer aber sein Demonstrationsrecht wahrnimmt ist auch dafür verantwortlich, wenn er militanten Gegnern unserer Demokratie eine Bühne bietet. Angriffe auf unseren freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat dürfen wir nicht dulden – egal woher sie kommen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Krankenhäuser zukunftsfähig machen

In erster Lesung behandelt der Bundestag in dieser Woche das Krankenhausstrukturgesetz. Dabei geht es um ein Investitionsprogramm für Krankenhäuser, damit diese für künftige Pandemie-Fälle besser gewappnet sind. So will Gesundheitsminister Jens Spahn durch den Bund drei Milliarden Euro für Notfallkapazitäten, die Digitalisierung und die IT-Sicherheit bereitstellen. Die Länder sollen weitere 1,3 Milliarden Euro für Investitionen beisteuern. Verlängert werden auch Regelungen zur finanziellen Entlastung und Unterstützung im Bereich der Pflege, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern.



Prominente Unterstützung für den Kommunalwahlkampf in Köln. Kölns CDU-MdB Karsten Möring freut sich, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn neben seiner verantwortungsvollen Arbeit Zeit für einen Besuch in der Kölner Innenstadt gefunden hat. (Foto: Privat)

CDU-MdB Karsten Möring: „Wir lernen aus der Corona-Krise, dass Krankenhäuser moderne Notfallkapazitäten und eine bessere digitale Infrastruktur brauchen. Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz wird es uns gelingen, unsere Kliniken langfristig zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, die Digitalisierung der Krankenhäuser voranzutreiben und deren technische Ausstattung zu verbessern. Über einen Krankenhauszukunftsfonds wollen wir notwendige Investitionen, etwa in die Modernisierung der stationären Notfallkapazitäten, die Verbesserung der digitalen Infrastruktur oder in die Telemedizin und Robotik fördern. Außerdem wollen wir unsere Unterstützung für Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige fortsetzen, um auch hier die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern. Wir unterstützen aber auch besonders Familien mit kleinen Kindern, die durch die Corona-Krise besonders belastet sind.“

## Schub für emissionsarme Autos

Diese Woche wurde im Bundestag in erster Lesung ein Gesetzentwurf zur Reform der Kraftfahrzeugsteuer beraten. Ziel der Reform ist es, die Nachfrage auf Fahrzeuge mit geringen Emissionen zu lenken und so die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr zu senken. Das soll insbesondere durch zwei Maßnahmen erreicht werden. Zum einen soll die Steuerbefreiung für E-Autos bis Ende 2025 verlängert werden. Autos, die ausschließlich elektrisch betrieben und bis zu diesem Zeitpunkt erstmals zugelassen werden, sind bis zum 31. Dezember 2030 von der Steuer befreit. Zum anderen soll die Steuer in Höhe von 30 Euro im Jahr für Pkw mit einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß unter 95 Gramm pro Kilometer für fünf Jahre, längstens bis zum 31. Dezember 2025, nicht erhoben werden. Diese Regelung gilt für Autos, die zwischen dem Tag des Kabinettsbeschlusses (12. Juni 2020) und dem 31. Dezember 2024 erstmals zugelassen werden.

CDU-MdB Karsten Möring: "Die Kfz-Steuer wird ökologischer. Bei Neuwagen gilt der Grundsatz: CO<sub>2</sub> runter, Steuern runter! Die Reform zielt auf weniger Emissionen, nicht auf mehr Einnahmen. Denn profitieren soll der Klimaschutz, nicht die Staatskasse. Wer sich auch in Köln für ein klimafreundliches Auto entscheidet, wird weniger Kfz-Steuer bezahlen als bisher. Pkws mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen werden dagegen teurer. Die Entscheidung für ein E-Auto schont künftig den Geldbeutel."

## Geschäftsmodell Abmahnmissbrauch wird beendet

Dem Abmahnmissbrauch wird jetzt ein Riegel vorgeschoben. Kleine Betriebe und Mittelständler wurden auch in Köln in der Vergangenheit oftmals wegen kleinster Verstöße gegen Veröffentlichungspflichten auf ihrer Webseite abgemahnt. Es gibt Anwaltskanzleien und Abmahnvereine, die das Internet nach solchen Kleinstverstößen durchsuchen und die Erstattung der Abmahnkosten und Strafzahlungen im Wiederholungsfall zum Geschäftsmodell gemacht haben und gut davon leben. Denen zeigen wir jetzt die Rote Karte.

CDU-MdB Karsten Möring: „Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs machen wir einen Riesenschritt in Richtung eines fairen Wettbewerbs. Denn bei Verstößen gegen Kennzeichnungspflichten im Internet dürfen zukünftig keine Abmahnkosten mehr verlangt werden.

Damit entziehen wir diesem Geschäftsmodell die Grundlage. Die missbräuchliche Geltendmachung von Abmahnkosten ist verboten. Das sind Fälle, in denen es nicht um die Durchsetzung eines fairen Wettbewerbs sondern um die Geldschneiderei des Abmahners geht.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 58 der 19. Wahlperiode

12. September 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

